

Politikunterricht schwarz- gelb oder: Der Untertan

NEIN zum Fach Politik- Wirtschaft

5 Die Jusos lehnen das von der niedersächsischen Landesregierung anstelle des Faches Politik eingeführte Fach Politik- Wirtschaft entschieden ab.

Uns Jusos bereiten die angedachten Lerninhalte große Sorgen, da für die Ermittlung der Curricula mit wirtschaftsnahen Stiftungen kooperiert wird. Dadurch ist das Fach Politik-Wirtschaft zu wirtschaftsnah; betriebswirtschaftliche Inhalte ersetzen die bisherigen volkswirtschaftlichen Aspekte und Theorien. Außerdem treten gesellschaftskritische Aspekte
10 deutlich in den Hintergrund, die in der bisherigen sozialwissenschaftlichen Prägung des Faches (Soziologie, Politologie) in den Curricula wesentliche Rolle gespielt haben. Die Absicht der niedersächsischen Landesregierung, „ein ökonomisches Grundwissen zu vermitteln“, spiegelt die gefährliche Tendenz wider, die momentane Hegemonie neoliberalen Gedankenguts der jungen Generation zu vermitteln und dabei vom Prinzip der Multiperspektivität und der
15 Ausgewogenheit der Lernpläne abzuweichen.

Durch die neuen Lehrpläne wird das bisherige Fach Politik, dessen Ziel es war, die Schülerinnen und Schülern zum kritischen Nachdenken und zu einem selbstständigen Urteil im Rahmen des Grundgesetzes zu bewegen, zu einem unkritischen Fach degradiert.
20

Wir Jusos sehen mit großer Sorge, dass kritisches Hinterfragen der Ökonomie in den neuen niedersächsischen Lehrplänen unbedeutend wird. Dies ist erklärtes Ziel von CDU und FDP, die anstelle des kritischen und mündigen Citoyens einen konservativen, unmündigen und unkritischen jungen Menschen sehen wollen, der die gesellschaftlichen Entwicklungen unkritisch verfolgt. Aus Perspektive der Union soll es nie wieder zu einer rebellischen Jugend kommen, wie es 1968 der Fall war.
25

Unserer Meinung nach müssen die Lerninhalte des Politikunterrichts die ökonomischen Verhältnisse sowie die gesellschaftliche Entwicklung kritisch reflektieren. Dies beinhaltet unserer Ansicht nach, dass kapitalismuskritische Schriften und Theorien wie beispielsweise die Werke von Marx, Engels und Keynes Teil des Unterrichts sein müssen. Sie dürfen nicht, weil sie dem neoliberalen Gedankengut widersprechen, als Lerninhalt verbannt werden. Außerdem sollte der Globalisierungsprozess in historischer, sozialwissenschaftlicher sowie theoretischer Perspektive im Politikunterricht kritisch analysiert werden.
30

35 Niedersachsens Rückzug aus der Politischen Bildung

Zum schwarz-gelben Politik- und Bildungsverständnis gehört auch, dass sich das Land aus der politischen Bildung zurückzieht. Dies illustriert die Streichung der Landeszentrale für politische Bildung, die dem Diktat der Kassenlage einfach ohne weitergehende Reflexion geopfert wurde. Damit ist Niedersachsen das erste Bundesland, das seiner Verantwortung für politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung im Rahmen des Grundgesetzes nicht mehr nachkommt.
40

Dabei verdeutlichen gerade die Erfolge der NPD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und bei der Kommunalwahl in Niedersachsen, wie nötig politische Bildung und Aufklärung über die politischen Extreme ist. Es besteht die Gefahr, dass die durch die Schließung der Landeszentrale entstandene Lücke durch die NPD geschlossen werden könnte.
45

Wir Jusos protestieren in aller Form gegen die Schließung der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Unserer Meinung nach muss der Staat politische und demokratische Bildungsangebote für seine Bürgerinnen und Bürger anbieten, wobei alle politischen Positionen vertreten sein müssen, die nicht gegen die demokratisch- freiheitliche Grundordnung des Grundgesetzes verstoßen.
50

Wir Jusos treten dabei für unser emanzipatorisches, aufklärendes und sozialistisches Politikverständnis ein. Wir wollen, dass junge Menschen befähigt werden, sich selbstständig ein politisches Urteil bilden zu können. Dies setzt aber einen kritischen Politikunterricht voraus, der keine einseitigen Lerninhalte hat!
55